beim Bau moderner Kraftwerke eine führende Rolle zugeschrieben, auch aufgrund intensiver Forschungsbemühungen zur CO_2-Reduktion bei Kohlekraftwerken (bspw. im Rahmen der Initiative COORETEC des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie – BMWi).

3. Abgeordnete **Annalena Baerbock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche eigenen Berechnungen hat die Bundesregierung über die Zahl der Industriearbeitsplätze in Deutschland im Zusammenhang mit der internationalen Förderung von Kohlekraftwerken durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) durchgeführt, und begründet sie hieraus ein mögliches Festhalten an einer weiteren Finanzierung?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Uwe Beckmeyer vom 1. Dezember 2014

Die Bundesregierung hat keine eigenen Berechnungen zu etwaigen Arbeitsplatzeffekten durchgeführt, hat aber im Rahmen des umfassenden Meinungsaustausches mit den verschiedenen Stakeholdern von Verbänden, Herstellern und Zivilgesellschaft auch diesen Aspekt ausführlich erörtert.

4. Abgeordnete **Agnieszka Brugger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern unterliegen die Produktion und der Export von Rüstungsgütern der Firma Rheinmetall Denel Munition (Pty) Ltd. den deutschen gesetzlichen Bestimmungen sowie den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, und bedarf es in jedem Fall einer Genehmigung durch die Bundesregierung?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski vom 1. Dezember 2014

Die Rheinmetall Denel Munition (Pty) Ltd. ist ein Unternehmen mit Sitz in Südafrika. Die Produktion von in Südafrika hergestellten Rüstungsgütern sowie der Export dieser Rüstungsgüter aus Südafrika unterliegt weder dem deutschen Recht noch den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, da deutsches Außenwirtschaftsrecht grundsätzlich nur auf deutschem Hoheitsgebiet gilt. Folglich bedürfen weder die Produktion von Rüstungsgütern in Südafrika noch der Export dieser Rüstungsgüter aus Südafrika einer Genehmigung nach dem deutschen Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen bzw. nach der deutschen Außenwirtschaftsverordnung in Verbindung mit dem deutschen Außenwirtschaftsgesetz. Dies gilt jedoch nicht für Produkte, die mit ausfuhrgenehmigungspflichtigen Zulieferungen oder einer Technologie hergestellt werden, deren Ausfuhr aus Deutschland zuvor mit einer so genannten erweiterten Endverbleibs-

erklärung genehmigt worden war. Für Exporte dieser Produkte aus Südafrika ist eine deutsche Zustimmung zum Reexport bzw. bei mit deutscher Technologie hergestellten Gütern eine deutsche Zustimmung zum Export erforderlich. Dabei orientiert sich die Bundesregierung an ihren Politischen Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern.

5. Abgeordnete **Eva Bulling-Schröter** (DIE LINKE.)

Bestätigt die Bundesregierung die Existenz und den Inhalt eines Briefes, den der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, kürzlich an den schwedischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven bezüglich des künftigen Engagements von Vattenfall Europe in der Lausitz geschrieben haben soll, in der Form, wie die „FINANCIAL TIMES“ vom 24. November 2014 darüber berichtet (siehe: www.ft.com/cms/s/0/5061a3e6-7347-11e4-907b-00144feabdc0.html#lxzz3K4avlaRm)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Uwe Beckmeyer vom 2. Dezember 2014

Es wird bestätigt, dass der Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel einen Brief an den schwedischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven geschrieben hat, in dem es um die Braunkohlenaktivitäten von Vattenfall in Deutschland geht. Die Zitate sind jedoch aus dem Zusammenhang gerissen worden und geben den Inhalt nicht vollständig wieder.

6. Abgeordnete **Eva Bulling-Schröter** (DIE LINKE.)

Auf welcher Daten- bzw. Szenariengrundlage kommt der Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel in dem Brief zu der Einschätzung, sollte es Vattenfall fallen lassen, zwei Kohleminen „zu erweitern“, wie es die „FINANCIAL TIMES“ beschreibt (gemeint sind in dem Kontext die umstrittenen Braunkohlentagebau-Neuaufschlüsse von Welzow-Süd II und Nochten II), würde dies „schwerwiegende Folgen für die Stromerzeugung und Beschäftigung“ in der Region haben?

7. Abgeordnete **Eva Bulling-Schröter** (DIE LINKE.)

Auf welcher Daten- bzw. Szenariengrundlage kommt der Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel in dem Brief zu der Einschätzung, mit dem Verzicht auf Welzow-Süd II und Nochten II wäre eine im Vergleich zur derzeitigen Planung um 20 Jahre vorgezogene Schließung von zwei neuen Kraftwerken verbunden, und um welche vermeintlich neuen Kraftwerke würde es sich in dem Fall handeln?